











Wintermonate 3900 Mt. bewilligt worden. Bewusstheit wurden aber 4829.98 Mt. mithin ist eine Ueberführung von 929.98 Mt. vorhanden. Die Veranlagung wird erstigt, sich mit der Ueberführung einverstanden zu erklären und für das nächste Winterhalbjahr für das warme Frühlings (Naggennehluppe) und ein Frühbröden) der armen Kinder den Betrag von 4500 Mt. zur Verfügung zu stellen.

Stadt. R. Krüger weist darauf hin, daß der geforderte Betrag zu niedrig sei. Die große Arbeitslosigkeit werde viel dazu beitragen, daß im kommenden Winter bedeutend mehr Kinder das Frühlings verlangen werden. Viele Eltern werden durch schlechte Verhältnisse veranlaßt werden, ihren Kindern nicht genügende Nahrung geben zu können. Folgedessen ist es ratsam, einen Betrag von 7500 Mt. zu dem in Rede stehenden Punkte zu bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger betont, daß es den Eltern jedenfalls sehr lieber wäre, ihre Kinder zu Haus mit warmem Frühlings versehen zu können. Bei jeder Gelegenheit bedauere man sich im Volkstum bei Ueberführungen. Wenn man hierbei nun auf eventuelle Nachbesserungen hinweise, so ist das gerade eine Verletzung der Ueberführungen. Das Uebernehmen solcher Veranlagungen ist im Prinzip. In anderen Städten wie z. B. in Mannheim ist man vortheilhafter für die jüngeren Kinder eingetreten. Dort habe man 16000 Mt. für diese Zwecke bewilligt. Jedenfalls würde man durch Uebernahme des Antrages Dierberg viel mehr Dankbarkeit bei der Kinderwelt ernten können, als durch Bewilligungen für andere Zwecke. Stadt. A. B. r. C. erklärt, daß Uebernehmen solcher Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen. Stadt. A. B. r. C. entgegnet dem Stadt. A. B. r. C. daß dieser durch sein Votum bewiesen habe, daß er unter der Not, die im nächsten Winter eintreten werde, jedenfalls nicht zu leiden habe. Albrecht wird vom Vorleser erwidert, nicht persönlich zu werden und bemerkt dann weiter, man möge sich nicht auf spätere Nachbesserungen verlassen und nicht auf die Hoffnung zu verlassen, daß das Frühlings verdient. Daß die Verhältnisse in der Arbeiterkassen jetzt eine gute sein, könnte man auch vielleicht von anwesenden Stadtverordneten, die an industriellen Unternehmungen beteiligt sind, erfahren. Die Arbeiter-Einstellungen nehmen zu und eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu helfen, indem sie solche Veranlagungen als eine Scharde betrachten, gleichmäßig möge man aber den vom Stadt. Dierberg übertragen Betrag bewilligen.

Stadt. A. B. r. C. erklärt, es müsse wohl abzuwägen werden, wer bedürftig sei, solche Bewilligungen zu empfangen, und nicht, die Arbeiter für diesen Zweck waren von Jahr zu Jahr nicht erwidert, sondern abgelehnt.

Stadt. R. Krüger: So einfach wie der Vorredner hätte er über die Sache nicht hinweggehen. Der Magistrat müßte veranlaßt werden, eine Klipp und klare Antwort zu geben. Der Reichstag trete nun bald zusammen und die Ursache der Bevölkerung wegen der Erhöhung der Getreidepreise lie im Steigen begriffen. Die Komptenzfrage stand immer im Vordergrund. Der Magistrat habe aber nach diesen Angelegenheiten endlich zurück zu drängen. Schon im Jahr 1898 habe der hiesige Magistrat an den damaligen Reichsanwalt eine Petition bezüglich der Fleischfabrik gerichtet und darauf hingewiesen, daß der Reichstag zurückgehe. Damals hätten seine Komptenzbehörden vorgelegen, jedoch ging die Angelegenheit auch seiner Zeit nicht von Sozialdemokraten aus. Es sei doch jedenfalls nicht mehr zweifelhaft, daß durch die Verminderung des Brotpreises die Lebenslage der Arbeiter verschlechtert werde. Nicht bloß die Arbeiter, sondern die ganze Gesellschaft müsse sich gegen die Getreidepreise wehren. In Nordhauwen und anderen Städten hätte der Magistrat seine Komptenzbehörden und Berlin hat sich jetzt auch über diese Behauptungen ausgesprochen. Es wäre doch gut, einmal zu erfahren, ob sich der hiesige Magistrat durch die Komptenzbehörden durchgerungen hat. Die Lehrer und Beamten barren nun auf die Regulierung ihrer Gehälter. Wenn den Beamten etwas bewilligt wird und die Getreidepreise kommen, dann wird die Zulage dadurch illusorisch gemacht und man braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn sie im nächsten Jahre wieder mit einer Gehaltserhöhung kommen. In der Abhilfe der Wohnungsnot ist ebenfalls noch kein Entschluß gefaßt und man könne nicht wissen, ob der kommende Winter nicht noch länger währe als der vorige. Auch ein tiefehendes moralisches Moment komme bei der Sache noch in Frage. Es sei aus den Statistiken bekannt, daß in den Zeiten der Not die Armenunterstützung um 20 Prozent zunehmen würde. In einem Beters, der hungernde Kinder um sich hat, verjet, dann finde man es begreiflich, wenn er einmal zugreift, wo er etwas zu finden glaubt. Solchen Missethäter könne er, Redner, dann nicht als Lump oder Schuft bezeichnen, sondern als ein Opfer der Verhältnisse, die in der von Gott verliehenen Ordnung geschaffen worden sind. Man sollte deshalb nicht die Armenunterstützung erhöhen, sondern entzünden. Hauptsächlich fällt die Antwort des Magistrats befriedigend aus.

Oberbürgermeister S. a. u. e. gibt zu, daß der Stadtverordnete Krüger seine Interpellation materiell sehr wirkungsvoll begründet habe. Er könne aber auf diese Interpellation, die nicht genügende Unterfragen trage, nicht näher eingehen, da er sonst mit 8 zu 2 der Gesellschaft einen soliden Bericht gegen den Sozialrat und für sich habe sich die eingetragene Kommission überhaupt nicht zu beschäftigen gehabt. Auf die Interpellation Döhler wolle er aber jetzt nicht antworten. Die Kommission habe nicht schneller arbeiten können, da beschlossen worden sei, erst die Gutachten der Handels- und der Handwerkskammern einzusenden. Diese liegen nunmehr vor, und es sei nicht mehr zu bezweifeln, daß die Kommission in einer Sitzung die Arbeiten erledigt haben werde. Ueber die Stellungnahme des Magistrats könne er sich vor der Erledigung der Arbeiten nicht bereuen. Die Arbeiten der Kommission hätten sich auch durch die Ferien verzögert, da die Kommission in den letzten zwei Monaten nicht voll befristet worden sei. Die Sache wurde nun bald erledigt werden.

Der Vorleser fragt hierauf, ob eine Diskussion über die Angelegenheit gewünscht wird. Dafür stimmen nur unsere fünf Parteigenossen und der Stadtverordnete Döhler. Somit wurde die Diskussion abgelehnt und ist die Angelegenheit damit wieder vorläufig begraben.

10. **Folgender Antrag unserer Parteigenossen:**

1. Bei hässlichen Arbeiten sind folgende Bedingungen aufzunehmen:

1. Bei hässlichen Arbeiten sind zunächst heiße und in nächster Umgebung von Halle wohnende Steuerzahler in Arbeit zu stellen.
2. Die Arbeitstage müssen in der Höhe der vereinbarten Abmachungen der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesahrt werden.
3. In die Bauverträge wird die Streiklausel nicht mehr aufgenommen.

Der Stadtverordnete Gummer begründet.

Redner bemerkt, die heiligen Arbeiter haben ein Recht, hier Arbeit zu verlangen, die sie zu erwarten haben und die Steuerkraft dadurch erhalten bleiben könne. Diese Arbeit aber verlangt werden, die zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter vereinbarten Abstände zu halten, so könnten dadurch viele Streiks vermieden werden. Es wird schwer festzustellen sein, welchen Schaden der Mauerstreik der Stadt gebracht hat, aber zweifellos ist, daß der Schaden durch den Streik der Unternehmungen herbeigeführt worden ist. Man möge die Anträge nicht deshalb ablehnen, weil sich von sozialdemokratischer Seite kommen und jeden Teil zu seinem Rechte verhalten. Verschiedene Arbeiterverbände stellen jetzt derartige Bedingungen auf, die für das Wohlergehen der Kommune, der Unternehmer und Arbeiter wirken könnten. Die Magistratsbehörden, Lehrer und andere durch Petitionen ihre Lage zu verbessern und so könne man dem Arbeiter nicht weh tun, wenn er auf diesem Wege seine Lage zu verbessern wünsche. Die Streiklausel, welche in die Bauverträge hinein, das Recht der Organisation möge man anerkennen und die Anträge deshalb annehmen.

Oberbürgermeister S. a. u. e. erklärt, vom Magistrat ermächtigt zu sein, die Verhandlungen zu eröffnen, den Antrag in allen 3 Punkten abzulehnen. Die Streiklausel werde überhaupt in Bauverträgen nicht aufgenommen. Nach einem Erlaß des Ministers könne man aber den Unternehmern, die durch Kontraktbruch bedroht werden, eine wohlwollende Berücksichtigung zu teil werden lassen. Nach den gemachten Erklärungen könnte es aber dahin kommen, daß die Streiklausel, doch später zur Anwendung komme. Es wäre hinfällig, wenn die Anträge ausgehien. Die Stadtverwaltung habe nicht die Interessen der Arbeiter und auch nicht die Interessen der Unternehmer, sondern nur die Interessen der Gemeinde zu vertreten.

Der daran folgenden Diskussion wendet sich der Stadt. Schmidt gegen die Streiklausel. Nur in diesem Punkte unterstütze er den Antrag Gummer, während die Punkte 1 und 2 für ihn unannehmbar wären. Die Behörden sollten über den Parteien stehen. Stadt. Albrecht erwidert auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters, daß nach dessen Erklärungen die Streiklausel noch gar nicht zur Anwendung gekommen wäre. Von dem Stadtverordneten Gummer habe er, Albrecht, aber schon vernommen, daß Gummer meinen habe, daß die Streiklausel in dem Vertrage bei dem Bau des Rathens der Metallwerke vorhanden war. Gerade nach der Drohung des Oberbürgermeisters sollte man festlegen, daß die Streiklausel nicht zur Anwendung komme. Der soziale Frieden werde durch Ablehnung der Anträge nicht aufgehoben. Wenn der Oberbürgermeister gesagt habe, er wolle sich Partei ergreifen für Unternehmer und Arbeiter, so habe ich das ganz gut an. Der letzte Mauerstreik habe aber bewiesen, daß die Weltel die von Unternehmern sehr entgegengenommen lie, während die Arbeiter schon nicht mehr schon behandelt worden seien. In anderen jäh milden Kindern, wie der Schweiz und Preußen, habe man ähnliche Anträge in den Verträgen verlangt. Bedauerlich sei es, daß hier mehrere sich die Kommune dafür einzureisen. Man sollte sich schämen vor der Schuldlosigkeit und der Selbsthaltung sollte dazu beitragen, daß die Anträge angenommen werden.

Die Punkte 1 und 2 wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und für Punkt 3 stimmten ebenfalls unsere fünf Parteigenossen und der Stadtverordnete Schmidt und noch ein Mitglied der Versammlung.

Somit sind die Anträge abgelehnt.

Darauf geschlossene Sitzung.

## Lehales und Provinzielles.

Halle, 17. September.

### Eine hoch bedeutende Sitzung

hatte gestern unser Stadtverordnetenkollegium. Es handelte sich um drei von unseren Genossen eingebrachte Anträge, die das Schicksal der Antizollerhöbungspetition, das Frühlings für arme Schulkinder und die Aufhebung der Streiklausel betrafen. Die Besprechung der Anträge ist eine besondere Besprechung, wir wollen deshalb heute an der Hand des Berichtes über die Stadtverordnetenversammlung nur eine kurze Zusammenfassung der gesungen sozialpolitischen Debatten vornehmen. Am meisten überrascht hat uns die Haltung des Kollegiums bei der Interpellation Döhler-Krüger, wie weit die Arbeiten der Kommission, welche die Petition wegen der Erhöhung der Lebensmittelpreise vorbereiten bzw. die Kompetenz des Kollegiums zu prüfen hat, getrieben seien. Man erwartete allgemein, daß sich eine große Mehrheit der Stadtverordneten für die Beipredung der Interpellation erheben würde. Und was geschah? Man traut keinen Augen blick, wenn man im Bericht kurz und bündig nachliest, daß außer unseren Genossen nur noch der Interpellant Döhler eine Beipredung wünschte. Da schreibt nun das hiesige Organ der Freireiung, die Saalezeitung, sich fast die Finger wund über die Schanden des neuen Sozialist-Entwurfs und wettert gegen die Kommission und gegen den Magistrat, daß die Petition noch immer nicht an den Reichstag gelangt sei, und ihre Parteigenossen im Kollegium sind noch nicht einmal für die Beipredung einer diesbezüglichen Interpellation zu haben. Es ist ein Wunder am Schönen! Wenn das die Kerntroupe im Kampf gegen den Brotmücker sein soll, dann können die Agrarier froher Hoffnung sein.

Könnte man vielleicht aus der Unternehmung unserer Brotmückerpetition seitens der Freireiung einige Hoffnung schöpfen, daß diese Leute endlich ihre Gleichgültigkeit gegen die Brotmückerpläne der Regierung abstreifen würden, so hat uns ihr Verhalten in der getrigen Stadtverordnetenversammlung stark enttäuscht. Wie will man den Kampf gegen die agrarischen Annahmen führen, wenn man sich noch nicht einmal getraut, den Magistrat zu einem schnelleren Tempo in der Petitionsangelegenheit zu veranlassen? Der Freireiung hat sich wieder einmal als völlig unzuverlässig erwiesen und damit die Erfahrungen der letzten Monate bestätigt, daß nur die sozialdemokratische Partei ernstlich und mit großer Energie und Hingeblichkeit auch mit dem entsprechenden Erfolge gegen den Brotmücker ankämpft.

Der Herr Oberbürgermeister Staudé ging in seiner Antwort sorgfältig der in letzter Zeit wiederholt Ausdruck gegebenen Annahme, daß der Konflikt die Schuld an der Verzögerung trage, aus dem Wege. Er teilte mit, daß die Gutachten der Handels- und der Handwerkskammern vorliegen, worüber aber angestellt die Stellung des Magistrats. Jedenfalls wird hier der Beschluß der Kommission abwarten, um dann vielleicht abermals zu erklären, daß auch jetzt noch nicht von der Kompetenzberechtigung der Stadtverwaltung überzeugt sei. Vorläufig heißt's abwarten. In zwei Monaten tritt der Reichstag zusammen und bis dahin werden wir glücklicherweise die Kompetenzfrage gelöst haben, die seit 30 Jahren unserem Magistrat die heftigsten Kopfschmerzen bereitet.

Die Erhöhung des Stots für das Frühlings armer Kinder entfesselte eine längere Debatte, die wieder einmal von der sozialpolitischen Unfähigkeit unseres Magistrats bezeugt Zeugnis ablegte. Der Vorsitzende der Armenkommission, Stadt. Albrecht, hat jedenfalls sein Amt nicht dazu benutzt, um sich über die Notlage der Arbeiter ein einigermaßen zutreffendes Bild machen zu können. Solchen Ansichten begegnet man höchstens in einer Generalversammlung des Bundes der Landwirte, ein Stadtrat in einer industriell so hoch entwickelten Stadt wie Halle stellt sich damit ein schlechtes Zeugnis aus. Wir werden darauf noch zurückkommen, ebenso auf die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung der Streiklausel.

### Gegen die „unparteiische“ Liste des hiesigen Arbeitervertretervereins

professionen im Vormärts abermals zwei auf die Liste gefasste Kandidaten, der Richter Friedrich Stigelmaier und der Maurer August Daehne. Die Praktiken des Arbeitervertretervereins fernzulegen der nachfolgende Passus der Erklärung der Genannten:

Man hat uns aber nicht, wie es sonst im öffentlichen Leben Brauch ist, gefragt, ob wir unsere Zustimmung dazu geben; wir haben uns nicht, wie es sonst im öffentlichen Leben Brauch ist, zu Bescheid kommen zu lassen.

Wir protestieren ganz entschieden gegen ein derartiges Verhalten, worin wir nur die Quertreibung einzelner Personen gegen die gesungen Beschlüsse und Vorläufe der organisierten Arbeiterkraft Deutschlands erblicken; diese Maßnahmen werden wir nie gutheißen und noch viel weniger mitmachen.

Dem Arbeitervertreterverein wird hoffentlich die Lust vergehen, ein zweites Mal eine „unparteiische“ Liste herauszugeben. Für unseren Regierungsbezirk waren folgende Kandidaten nominirt:

- Germann Meier, Kartennagler in Halle a. S.
- Joseph Klingebiel, Friseur in Halle a. S.
- Friedrich Tieb, Weißbäcker in Halle a. S.
- Paul Spröte, Buchdrucker in Halle a. S.
- H. Wehl, Schuhmacher in Weiseneis.
- G. Wehl, Arbeiter in Merseburg.

Die Namen der ersten drei sind unseren Lesern durch die entsprechende Notiz in der Sonnabendnummer bekannt. Der Buchdrucker Spröte ist für die Straße agitatorisch tätig. Gen. Koch in Halle wird nicht auf die Liste aufgenommen, jedoch nach rechtzeitiger Besprechung, bekannt sein, daß es Weiseneis sein heute in der hiesigen Kreisblatt, daß er für die Generalversammlung des hiesigen Arbeitervereins als Delegierter in Stidmühl steht. Der Arbeiter G. Wehl in Merseburg wird jedenfalls derselben Mission zu übergeben. Dem Arbeitervertreterverein hat sich durch seine Quertreibungen um jede Sympathie gebracht. Seine Liste wird einen gänzlichen Durchfall erleiden.

### Im Sande verlaufen

sollen die Forderungen nach der Grundbesitzer des Ammerdorfer Bahnhofs. Die Unternehmung habe, wie der Saalezeitung mitgeteilt wird, kein Material für ein gerichtliches Verfahren ergeben. Die Staatsanwaltschaft hat in dem verfahren Betreffs des Bahnhofsverwalters Engelhardt, der als älterer, pflichttreuer Beamter bekannt, nicht ermittelt und sich dementsprechend die technischen Gutachten Sachverständiger hierüber zu eigen gemacht, daß der Unfall auf Zusammenstoßen von vorhergehener Umstände zurückzuführen sei. Wie vollstem Rechte bemerkt hierzu die Saalezeitung, daß dieses Sachverständigen-Gutachten wenig fröhlich ist,



